

Freies Burgenland

Ausgabe Nr.:1

Linke Zeitschrift für das Burgenland

November 2010

Phönix aus der Asche

Das Neue „Freies Burgenland“

Liebe Freunde, Genossen und Alle, die dem skrupellosen Handeln des Kapitals und seiner Handlanger nicht länger zuschauen können. Wir von der KPÖ Burgenland haben uns entschlossen die einzige systemkritische Zeitschrift des Burgenlandes neu entstehen zu lassen und damit den Fehdehandschuh, den die Politikmacher den Familien, den ArbeiterInnen und Angestellten, den Arbeitslosen, den StudentInnen, den kleinen LandwirtInnen, den ImmigrantInnen und den PensionistInnen ins Gesicht geschleudert haben, aufzunehmen. Unsere Aufgabe sehen wir darin, Politik und Medien zu beobachten und dabei Fehler, Irrtümer, Halbwahrheiten, Lügen und Gemeinheiten aufzuzeigen. Alternativen

anzubieten und gemeinsam mit Anderen dagegen aufzutreten.

Hiermit laden wir Alle, die den momentanen Entwicklungen genauso kritisch gegenüberstehen wie wir ein, an dieser Plattform mitzuarbeiten. (von: Udo Hirschmann)



KPÖ
BURGENLAND

★ EuropeanLEFT

Hauptstrasse26
7000 Eisenstadt
0699/17299922

burgenland@kpoe.at

Zuwanderer zahlen mehr in die Sozialversicherungskassen als sie herausbekommen.

Studie des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz für das Jahr 2008 hat die Zahlungen von In- und AusländerInnen in das Sozialsystem untersucht. Nach diesen Berechnungen zählen Drittstaatsangehörige und EU-BürgerInnen zu den NettozahlerInnen für die beitragsfinanzierten Sozialsysteme Pensions-, Kranken-, Unfall-, Arbeitslosenversicherungs- und Familienlastenausgleichsfonds.

Demnach zahlen ÖsterreicherInnen 89,3 Prozent aller Beiträge und erhalten 93,8 Prozent aller Geldleistungen. AusländerInnen zahlen 10,7 Prozent ein, erhalten allerdings nur 6,2 Prozent refundiert.

Als Grund hierfür wird der hohe Anteil von Erwerbstätigen unter den MigrantInnen genannt. „Die Zuwanderer kommen meistens als junge Erwachsene. Wenn sie Zugang zum Erwerbssystem haben, was auch davon abhängig ist, ob wir sie lassen, zahlen sie eine ganze Weile wesentlich mehr in die Sozialsysteme ein, als sie herausbekommen“, erläutert Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz.

Die Studie hat überdies (wie unzählige andere auch) das Ergebnis zutage gefördert, dass von der Steuer- und Abgabepolitik nahezu keine Umverteilungseffekte von oben nach unten ausgehen.

Freies
Burgenland

**Linke Zeitschrift
für das Burgenland
Nummer 1, Nov. 2010
Verkaufspreis: 1 Euro**

Impressum:

Aktuell, Nummer 01, November 2010
Medieninhaber (Verleger),
Herausgeber: KPÖ-Burgenland,
Hauptstrasse26
7000 Eisenstadt,
Tel.: 0699/17299922
Email: burgenland@kpoe.at

Redaktion:

Rudi Gabriel, Udo Hirschmann
Grafik: Udo Hirschmann
Lektorat: Rudi Gabriel

„Armut wird in Zukunft kleiner geschrieben“

über die Mogelpackung „Neue Mindestsicherung“ ein Nachmittag im burgenländischen Landtag

Von: Rudy Gabriel (19.10.10)

„Armut wird in Zukunft kleiner geschrieben“, diese gefährliche Drohung aus dem Mund des Gesundheits- u. Soziallandesrates im Burgenland Dr. Peter Rezar krönte die Landtagsdebatte vom 30. September 2010 zum Thema Mindestsicherung und der Weiterleitung der §15 a Materie an den Landtag zur Bearbeitung und Beschlussfassung.

Einzig dem Abgeordnete der Grünen, Mag. Michel Reimon läßt mit einem differenzierten Redebeitrag aufhorchen und wies darauf hin, dass bis dato die Fragen Regress und Grundbucheintrag nach dem Bezug der Mindestsicherung über 6 Monate mitnichten ausdiskutiert und dem Burgenländer transparent vorgelegt wurde. Das System der Mindestsicherung wird von Reimon als nichts wirklich neues im Vergleich zur derzeitigen Sozialhilfe abgelehnt, jedoch eine deutlich Anhebung der gesetzlich Mindestlöhne gefordert und dem VP-Vorschlägen zur Arbeitspflicht für Mindestsicherungsempfänger mit Bestimmtheit entgegengetreten.

Er, Reimon könne auch verstehen, dass „einer der Vertreter der Rechten (Labg.Kölly) Rechenbeispiele vorbrachte, wie das System Mindestsicherung maximal ausbeutbar wäre, dies, die maximale Ausbeutung eben, entspräche offensichtlich und naturgemäß der Denkweise der Rechten an sich“.

Als wirklich haarsträubend um nicht zu sagen kriminell anmutend ist der Redebeitrag der FPÖ-Labg. Benkö zu werten, die sich innerhalb ihrer Redezeit in ein derartiges Furioso hineinredet („Schlaraffenland für Asylanten, Belohnungssystem für Faule, Bestrafungssystem für Fleißige, Abschiebung aller Kriminellen, Faulen und Tachinierer überhaupt) - wobei ihr zuletzt nicht einmal mehr die schäbige, von der F gewohnten Differenzierung zwischen In /Ausländern gelingen mag. Die anwesende Stenotypistin muss sich während dieser Hetztirade mehrmals mit fragenden Blicken an den amtsführenden Präsidenten wenden, so unglaublich widerwärtig erscheint ihr offensichtlich der Vortrag der F-Abgeordneten.

Eigentlich hätte die Glocke des vorsitzenden Landtagspräsidenten die F-Abgeordnete zur Ordnung rufen müssen, was nicht geschah.

Nunmehr fehlt bei diesem Rückblick auf eine unappetitliche Episode des burgenländischen Parlamentarismus über die Standpunkte der SP bezüglich - Zitat: „dieses Meilensteins in der Sozialpolitik“ zu berichten:

Die SP- Rednerin wie auch der SP-Landesrat belegen eindrucksvoll mit wunderschönen Rechenbeispiel, dass sie nichts anderes interessiert als ihr potentiellen Wahl-Klientel in ihrem Sinn zu bedienen bzw. deren soziale Lage in Wahrheit zu zementieren:

1.die alleinerziehende,derzeit schlecht entlohnte Frau

2.der fleißig arbeitende Mann mit Niedrigst-einkommen und dessen treue Gattin ohne eigenes Einkommen zu Hause am Herd stehend und die tagtägliche Reproduktionsarbeit unentgeltlich leistend .

Die burgenländischen SP Rechenbeispiele bezüglich neue Mindestsicherung versprechen nämlich in beiden Fällen eine Verbesserung gegenüber die alte Sozialhilfe, verschweigen jedoch, dass dennoch die generierten Mindestsicherungs-Beträge hart am Existenz-minimum bzw. an/unter der Armutsgrenze liegen.

Staatstragend versucht sich die VP mit dem Hinweis endlich eine bundesweite Einheitlichkeit mit Krankenversicherung für fast alle geschaffen zu haben - natürlich muss noch die Debatte über die „Eingliederung ins Erwerbsleben“ (vulgo Arbeitszwang) geführt werden.

Das in diesen Sinne stimmigste Resüme dieses parlamentarischen Nachmittags in Eisenstadt liefert die SP Rednerin selbst, als sie ihren Redebeitrag mit den bedeutsamen Worten abschloss:“ Wir legen hier ein **einheitliches System der Armut-sicherung** vor.“

Mit den Stimmen SP-VP-GRÜNE wurde beschlossen die §15 a Materie zur weiteren Bearbeitung im Landtag aufzunehmen.

"Sozial ausgewogen"

Von: [Michael Graber](#) (25.10.10)

Der ökonomische Beitrag der Regierung zum Nationalfeiertag ist genauso mit einer Lüge behaftet wie ihr Bekenntnis zur Neutralität. Das Belastungspaket, das am Wochenende beschlossen wurde, sei "sozial ausgewogen" behauptete Kanzler Faymann und mit ihm alle Schönredner der Regierungsparteien. Zwei Drittel der Steuererhöhungen gingen zu Lasten der Banken und Stiftungen, so versuchte er das Paket zu verkaufen. Soweit man die bisher veröffentlichten Fakten erkennen kann, ist daran kein Wort wahr.



Die bisher bekannt gewordenen Steuererhöhungen betragen etwa 835 Millionen Euro, wovon allein die Mineralölsteuererhöhung mit der darauf folgenden Mehrwertsteuererhöhung fast 600 Millionen Euro ausmacht. Der Rest sind zusätzliche Verbrauchssteuern. Dem stehen die Bankensteuer (von der nicht gesichert ist, dass sie nicht die Bank-kunden zu zahlen haben werden), die Kest auf Aktienverkäufe und eine lächerliche Anhebung der Besteuerung der Stiftungen, sowie geringere Abschreibungsmöglichkeiten von Krediten gegenüber. Zusammen im "Vollausbau" der Wirkung bis 2014: maximal 1050 Millionen. Da anzunehmen ist, dass der erwartete Effekt nicht wirklich eintreten wird, beträgt das Verhältnis zwischen den Massenbelastungen und den "Beiträgen" der Banken bzw. der "Wirtschaft" zum Budget annähernd 1 zu 1.

Dazu kommen aber noch die Einsparungen bei den sozialen Leistungen im Ausmaß von rund 820 Millionen Euro, wovon allein die Kürzung der Familienförderung für die Jugend und Studenten 254 und die Kürzungen bei Pensionen und Pflegeleistungen fast 400 Millionen ausmachen.

Macht zusammen (unmittelbar wirkende steuerliche Massenbelastungen und Kürzungen im Sozialbereich) 1.655 Millionen Euro.

Es ist also, nimmt man das bisher bekannt gewordene Gesamtpaket, genau umgekehrt, als es Faymann verkündet: annähernd zwei Drittel zahlen die KonsumentInnen, PensionistInnen, Jugendlichen und StudentInnen. Und zahlen damit ein zweites und drittes mal für die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise, aber auch für die Sicherung der laufenden Profite und fetten Dividenden.

Würden die Reichen mit einer Vermögensteuer herangezogen, wie sie etwa die GPA-djp vorgeschlagen hat, kämen bis zu vier Milliarden ins Budget und der ganze antisoziale Spuk wäre vom Tisch.

Man kann sich auch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Regierung eine besondere Strafaktion gegen die aufmüpfingen Universitäten und StudentInnen durchziehen will. Der Protest, der seit einem Jahr anhält, soll durch Entzug der Existenzgrundlage erstickt werden. "geht's arbeiten" statt protestieren ist der unausgesprochene Subtext der Streichung der Familienbeihilfe für Studenten nach dem 24 Lebensjahr.

Diese machen aber dreierlei: Sie studieren (soweit es die Verhältnisse an den Unis zulassen), sie verdienen zu 80 Prozent ihren Lebensunterhalt durch Annahme schlecht bezahlter Jobs und sie protestieren trotzdem.

Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.

(Karl Marx)

WIR LEBEN PREKÄR und wissen es oft gar nicht.

Ziel dieses Artikels ist es den Begriff "prekär" für Betroffene greifbar zu machen und damit politisch zu definieren. Der "Umweg" über persönliche Geschichten erscheint uns zielführend, weil so die gesellschaftliche Breite der Betroffenheit anschaulich aufgezeigt werden kann.



Zu Beginn eine Begriffs-Definition:
Das Wort prekär kommt aus dem lat.-fr. und bedeutet: Unsicher, durch Bitten erlangen, widerruflich, schwierig. Prekarisierung bezeichnet die Zunahme von Arbeitsplätzen mit geringer Arbeitsplatzsicherheit, niedrigem Lohn, Teilzeitbeschäftigungen, befristeten Verträgen - damit gehen meist auch geringere Aufstiegschancen einher - und mangelndem Kündigungsschutz. Also den Prozess der Zunahme prekärer Arbeitsbeziehungen in der Erwerbsarbeit. Das Ergebnis ist ein Verunsicherungsprozesses, der auch als Prekarität bezeichnet wird. Die Löhne, Einkünfte aus prekären Arbeitsbeziehungen sichern den Lebensunterhalt der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers und eventuell ihrer/seiner Angehörigen nicht. Besonders betroffen sind, wie so oft, die Frauen – bedingt durch ihre gesellschaftliche und familiäre Position und ihre Stellung am Arbeitsmarkt.

Die Fakten zum Sparpaket:

Diesel wird um fünf Cent, Benzin um vier Cent je Liter teurer - ohne Zweckbindung für ökologische Maßnahmen. Der Preis für Zigaretten steigt um 20 bis 25 Cent pro Packung. 417 Millionen Euro pro Jahr soll die Erhöhung der Mineralölsteuer bringen, die höhere Tabaksteuer soll 100 Mio. Euro bringen. Die Bankenabgabe soll 500 Mio. Euro bringen. Rund 80 Millionen soll durch Änderungen

bei der Stiftungsbesteuerung und bei Börsengeschäften lukriert werden.

Die 13. Familienbeihilfe wird gestrichen - einen 100 Euro Pauschalbetrag gibt es für alle sechs- bis 15-jährigen Kinder. Die Bezugsdauer der Familienbeihilfe wird vom 26. auf das vollendete 24. Lebensjahr reduziert. Gestrichen wird die Familienbeihilfe für arbeitsuchende Kinder zwischen dem 18. und dem 21. Lebensjahr sowie nach der Berufsausbildung -

erhofftes Einsparungspotential: rund 250 Mio. Euro. Gestrichen werden auch der Alleinverdienerabsetzbetrag für Familien ohne Kinder und der Mehrkindzuschlag ab dem dritten Kind.

Gespart wird auch bei den Pensionen, wenn auch die Hacklerregelung nicht vorzeitig - wie von der ÖVP gefordert - ausläuft. Zudem enthält das Paket der Regierung Kürzungen beim Pflegegeld.

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle !!

Im Eisenstädter Landtag wurde am 28.10.210 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Grünen die Einführung der Mindestsicherung von 744 Euro (12 mal) , monatlich als eine Novelle des Sozialhilfegesetzes, beschlossen. Im Burgenland wird sie rückwirkend ab 1. September ausbezahlt. Für den grünen Abgeordneten Michel Reimon ist die Mindestsicherung zwar keine optimale Absicherung, um nicht in die Armutsfalle zu tappen- "...ich würde

mir wesentlich mehr wünschen von diesem Gesetz. Das ist keine Mindestsicherung, die wir hier beschließen, sondern eine 'Mini-Sicherung', die gerade das Notwendigste erfüllt. Das ist sicher nicht ausreichend." Reimon hätte dem Entwurf durchaus mit seinen genannten Argumenten seine Zustimmung verweigern können. Sonderbarer Weise – und das ist die große Enttäuschung in dieser Sache aus Linker Sicht - stimmte Reimon mit der Regierungsmehrheit im Landtag, wohl wissend, dass es sich hierbei naturgemäß um einen Rohrkrepiierer handelt. "Zurück zum Start, Einführung eines gerechten bedingungslosen Grundeinkommens und bis dahin die

unbedingte Auszahlung der nun beschlossenen Mindestsicherung 14 mal jährlich !!“ Keinesfalls darf der Anspruchsberechtigte davon ausgehen tatsächlich 744 Euro monatlich zu erhalten.

Alleine die Bedarfsprüfung wird den Werbern einen Spiesrutenlauf sondergleichen abverlangen um letztendlich als Anspruchsberechtigte einen an oder unter der Armutsgrenze liegenden Endbetrag zu erhalten. Es liegt auf der Hand, das die Neiddebatten und sozialen Stigmatisierungen, wie sie bereits aus

Deutschland im Zusammenhang mit den Harz-Gesetzen tagtägliche Realität sind auch bei uns die logische Konsequenz sein werden. Die KPÖ lehnt die fortwährenden Attacken gegen die Solidargesellschaft mit äusserster Entschiedenheit ab und legt mit der Forderung nach einem gerechten bedingungslosen Grundeinkommen verknüpft mit dem Konzept der Wohnsitzbürgerschaft eine tragende Alternative für die Zukunft der Gesellschaft vor.



erhältlich im Webshop der
KPÖ-Steiermark

<http://www.kpoe-steiermark.at>

oder unter

http://www.monkeymusic.at/shop_detail_sigimaron.php

Aus dem Archiv: Freies Burgenland, 8.Jahrgang, Nr.29, Seite 9

SC Alfa- Wien---SK Eisenstadt am 13.Juli 1952

Vor ungefähr 300 Zuschauern fand unter Leitung von Verbandsschiedsrichter Straka am vergangenen Sonntag auf der Eisenstädter Sportanlage das Freundschaftswettpiel des Liganeulings SK Eisenstadt gegen die Wiener Firmen-elf statt, welches mit einem Sieg der Gastmannschaft endete. Das wäre an sich nichts besonders Nennenswertes, aber verschiedene Vorfälle bei dieser „freundschaftlichen?“ Begegnung sollen der Sportöffentlichkeit nicht verheimlicht bleiben. Zu Beginn sah es nach einer katastrophalen Niederlage der Landeshauptstädter aus, als Burger und Hochreiter in kurzen Abständen auf 2:0 stellten. Dann aber holte Perlinger ein Tor auf, und von diesen Zeitpunkt an, begannen die dauernden Meckereien der „Alfa-Mannschaft“, die sich noch steigerten, als Luckenberger das Treffen einstellte. Es prasselten sodann beleidigende Worte auf den Schiedsrichter nieder, der den linken Läufer Kerteles des Feldes verwies. Im Verlaufe dieser Debatte (einige Gästespieler glaubten in dem Referee einen „Gschert“ vor sich zu haben) beleidigte auch noch der Linksverbinder Korvas den Unparteiischen auf das gröbste, sodaß auch sein Verhalten mit dem gerechten Ausschluß bestraft wurde. Da aber beide Spieler das Spielfeld nicht verließen und der Verbandsschiedsrichter sich selbstverständlich weigerte, den Kampf unter diesen Umständen weiterzuführen trug sich etwas äußerst Seltenes zu:

Herr Langenbauer, Vereinsfunktionär des SK Eisenstadt, und Beglaubigungsreferent des BFV, ließ sich aus irgendwelchen Motiven heraus, dazu verleiten, die Schiedsrichterpfeife in die Hand zu nehmen, und den Kampf weiterzuleiten (von der 38. Minute bis zur Pause).

Hat er damit dem burgenländischen Fussballsport einen Liebesdienst erwiesen? Dann piff Herr Klikovits (vor einem Jahr noch Verbandsschiedsrichter) das Spiel weiter, ohne dabei zu bedenken, dass er damit die Sache noch schlechter machte. Was werden sich wohl die Wiener von diesen Zuständen im Burgenland gedacht haben. Wo bleibt da die Achtung vor unseren Verbandsschiedsrichtern ?

Als weiterer „besonderer Vorfall“ ist zu vermerken, dass in dem Linksaußen der Gäste - der Firmenverein hat seinen Sitz in Meidling -, der internationale Tormann des SC Wacker Wien, Pelikan erkannt wurde, der unter einem falschen Namen spielte, und auch die Wiener 3:2 in Führung brachte. Schmitrattter und der bereits in der ersten Hälfte ausgeschlossene Kovars erzielten die weiteren Goals der Sieger, während Perlinger den dritten Treffer der Einheimischen zustande brachte. Man sieht also wieder, wie wichtig es ist, die Spieler auch in freundschaftlichen Begegnungen nur mit Spielerpässen antreten zu lassen.

„Unsterbliche Opfer“

unter diesem Titel veröffentlichte die KPÖ Burgenland mit der Ersten Ausgabe des „Freien Burgenland“ am 3. November 1945 eine Liste kommunistischer Parteigänger, die „durch den deutschen Faschismus gemordet“ wurden.

„Ich möchte, dass man weiß: dass es keinen namenlosen Helden gegeben hat, dass es Menschen waren, die Ihren Namen, ihr Gesicht, ihre Sehnsucht und ihre Hoffnungen hatten, und dass deshalb der Schmerz auch des Letzten unter ihnen nicht kleiner war als der Schmerz des Ersten, dessen Namen erhalten bleibt. Ich möchte, dass sie euch immer nahe bleiben, wie Bekannte, wie Verwandte, wie ihr selbst.“

(Julius, Fucik, tschechischer Kommunist - „Reportage unter dem Strang geschrieben“, 1943 in Berlin hingerichtet)

Aus dem Bezirk Güssing und Jennersdorf:

Potzmann, Robert

Roth, Anton geb. 3.7.1912, Stegersbach, Hilfsarbeiter in Güssing, hingerichtet am 18.12.1942 im LG I Wien

Weiss, Martin, geb. 3.6.1903, Eisenbahner in Güssing, an den Haftfolgen verstorben am 7.5.1945 im KZ Mauthausen

Barislovits, Jakob, geb. 13.2.1876, Industriearbeiter in Jennersdorf, verstorben am 13.7.1946 an den Haftfolgen

Deutsch Johann, geb. 19.3.1896, Landwirt in Jennersdorf, gestorben am 31.3.1945

Deutsch Josef, geb. 3.12.1891, Maurer in Jennersdorf, gestorben am 31.3.1945

Kampl, Ernst, geb. 6.10.1894, Gastwirt in Jennersdorf, gestorben am 31.3.1945

Kovar, Anton, geb. 10.5.1914, Ollersdorf, Wirkergeselle in Wien, gefallen als Spanienkämpfer Oktober 1937

Mühl, Johann, geb. 15.5.1896, Kemetten, Maurergehilfe in Korneuburg, hingerichtet am 22.2.1943 in Berlin/Plötzensee

Aus dem Bezirk Oberwart:

Balogh, Michael geb. 14.2.1887, Schachendorf, Straßenaufseher in Oberwart, hingerichtet am 18.12.1942 im LG I, Wien

Arth, Stephan, geb. 26.12.1897, Straßenaufseher in Oberwart, gestorben 1943 im Zuchthaus Bernau am Chiemsee

Hodits Stephan, (Johann ?), ?

Pickl Karl, geb. 9.3.1918, Spinner in Oberwart, hingerichtet am 16.3.1943 LG I, Wien

Halwachs, Michael, geb. 27.4.1908, Pinkafeld, Tuchmacher in Oberwart, hingerichtet am 10.12.1942 im LG I, Wien

Wallner Johann, geb. 25.4.1897, Tuchmacher in Oberwart, hingerichtet am 26.1.1943 in Berlin Plötzensee

Brunner, Samuel, geb. 22.6.1902, Rauchfangkehrer in Oberwart, hingerichtet am 10.12.1942 im LG I, Wien

Kedl, Eligius, geb. 18.6.1988, Friseur in Oberwart, gestorben im April 1945 im Zuchthaus Stein/D.

Böhm, Ferdinand, geb. 18.8.1997, Aschau, Maurer in Oberwart, hingerichtet am 10.11.1942 im LG I, Wien

Aus dem Bezirk Neusiedl/See:

Wurm, Georg sen., geb. 29.4.1877, Landwirt in Gols, gestorben am 1.5.1945 im Krankenrevier des Zuchthaus München/Straubing

Wurm, Georg jun., geb. 23.12.1901, Landwirt in Gols, hingerichtet am 19.5.1944 in München/Straubing

Friessl Hermann, geb. 10.3.1908, Dreher in Oberwart, hingerichtet am 10.12.1942 im LG I, Wien

Hofer Adolf, geb. 22.5.1901, Spinner in Oberwart, hingerichtet am 22.9.1944 im im LG I, Wien

Hofer Alfred, geb. 4.12.1906, Weber in Oberwart, gestorben am 22.9.1944 im KZ Gribo/Elbe

Sonnecker, Adolf, geb. 24.12.1891, Drechsler in Oberwart, gestorben am 10.2.1945 LG Graz

Hammerl Heinrich, geb. 29.6.1893, Magazineur in Oberwart, gestorben am 18.4.1944 im Zuchthaus Stein/D.

Glötzl Franz, geb. 13.10.1910, Wien, Bergmann in Oberwart, hingerichtet am 18.12.1942 im LG I, Wien

Fabian, Ludwig, geb. 3.8.1900, Brennberg/Ödenburg, Bergarbeiter in Oberwart, hingerichtet am 18.12.1942 im LG I, Wien

Kuderer, Karl, geb. 16.8.1899, Wien, Fabrikarbeiter in Oberwart, gestorben am 3.5.1944 im Zuchthaus Stein/D.

Seper, Josef geb. 28.4.1907, Oberwart, Kaufmann in Güssing, gestorben (hingerichtet ?) am 28.1.1943

Heigl, Alexander, geb. 30.10.1899, Wolfau, Tischler in Oberwart, hingerichtet am 16.3.1943 im LG I, Wien

Kornfeind, Rudolf, geb. 2.11.1911, gestorben 6.4.1945 im Zuchthaus Stein/D.

Balaskovits Johann, geb. 11.10.1894, Dürnbach, Schneider in Oberwart, hingerichtet am 18.12.1942 im LG I, Wien

Untenecker, Johann, geb. 20.10.1994, Markthodis, Maurer in Wien, hingerichtet am 18.12.1942 im LG I, Wien (? gestorben im KZ Dachau 1941)

Verhas, Franz, ?

Kis, Emmerich, geb. 28.12.1897, Güns, Rauchfangkehrer in Oberwart, hingerichtet am 18.12.1942 im LG I, Wien

König, Michael, geb. 18.2.1887, Maurer in Oberwart, gestorben am 7.2.1940

Graf, Paul, geb. 2.3.1910, Hilfsarbeiter in Oberwart, gestorben am 7.1.1945 im KZ Mauthausen

Selinger, August, ?

Gregor, geb. 30.7.1880, Landwirt in Gols, an den Haftfolgen verstorben am 29.5.1945 in München/Straubing

Karner, Johann, geb. 12.12.1886, Schuhmachermeister in Neusiedl, hingerichtet am 4.2.1944 in München/Stadlheim

Heinrich, Andreas, geb. 27.9.1906, Eisenbahner in Neusiedl, hingerichtet am 18.2.1944 in München/Stadlheim

Dürr, Johann jun., geb. 19.1.1914, Zurndorf, Tischlergehilfe, hingerichtet am 8.10.1943 im LG I, Wien

Schmutzer, Adolf, geb. 8.3.1895, Straßenbahner in Wien, hingerichtet am 8.9.1943 in Berlin/Plötzensee

Schmutzer, Adolf, ?, gestorben 1939 im LG Wien

Adamovic, Michael, geb. 17.3.1897, Hilfsarbeiter in Neusiedl, **Posteiner, Andreas**, geb. 20.11.1884, Maurer in Eisenstadt, gestorben am 20.7.1944 im Zuchthaus Stein/D. erschossen am 6.4.1945 im Zuchthaus Stein/D.

Aus dem Bezirk Eisenstadt:

Karlovits, Mathias, geb. 30.4.1898, Ödenburg, Laborant in Siegendorf, hingerichtet am 2.11.1943 im LG I, Wien
Hiller, Kaspar, geb. 4.1.1898, Zimmermann in Siegendorf, hingerichtet am 2.11.1943 im LG I, Wien
Graf, Rosalia, geb. 1.5.1907, Breitenbrunn, Hilfsarbeiterin in Wien, hingerichtet am 21.6.1944 im LG I, Wien
Blazek, Josef, geb. 12.8.1912, Neufeld/Leitha, Hilfsarbeiter in Zillingdorf/Bergwerk, hingerichtet am 8.10.1943 im LG I, Wien
Gallioth, Johann, ?

Aus dem Bezirk Mattersburg:

Bernhardt, Michael, geb. 14.10.1899, Schattendorf, Maurergehilfe in Wien, hingerichtet am 11.1.1944 im LG I, Wien
Aus dem Bezirk Oberpullendorf:
Gabriel, Ernst, geb. 2.4.1926, Deutschkreuz, Elektriker in Oberpullendorf, hingerichtet (?) am 21.3.1945 im LG I, Wien
Graf, Josef, geb. 13.6.1882, Stegersbach, Schnittmacher in Wien, hingerichtet am 2.3.1943 in Berlin/Plötzensee
Nogal, Kolomann, geb. 13.10.1913, Oberpullendorf, gestorben ? 1938

Wurm Georg, jun. (1901-1944)



W. gehörte zu einer politisch aktiven Weinbauernfamilie in Gols. Sein Vater, Wurm Georg, sen., den die Nazis als 65-jährigen zu sechs Jahren Zuchthausverurteilten und der noch 1945 im Zuchthaus Straubing ums Leben kam, war Soldat im 1. Weltkrieg und von den revolutionären Veränderungen 1917/1918 beeinflusst. 1922, als das Burgenland zu Österreich kam trat W. der SDAPÖ bei, aus der er Jahre später ausgeschlossen wurde, weil er zu radikal eingestellt war. In der Illegalität kristallisierte sich in der Familie Wurm eine kommunistische Widerstandsgruppe, die in erster Linie Geld für die *Rote Hilfe* sammelte. Georg Wurm jun., der in der Wehrmacht eingerückt war und in Russland einem Transportregiment angehörte wurde zum Tod verurteilt und am 19.5. 1944 in München hingerichtet.



Solange Menschen denken, dass Tiere nicht fühlen, müssen Tiere fühlen, dass Menschen nicht denken.

Kontakt: www.vgt.at	vgt@vgt.at
Waidhausenstraße 13/1	Telefon: 01/929 14 98
1140 Wien	Telefax: 01/929 14 98-2

Politik und Kultur -- Zwischenrufe links:



Abobestellungen im Internet:
<http://www.volksstimme.at/>
oder email: abo@volksstimme.at
telefonisch: 0676/69 69 009

16 Hektar Obstbaubetrieb gefällig ??

„Das ist kein Scherz!“, sagt Helmut Weber: Zum Lachen ist dem Minihof-Liebau im Bezirk Jennersdorf nahe der steirischen Grenze nämlich schon längst nicht mehr. Die steigenden Kosten im Obstbau bei gleichzeitig sinkenden Preisen drängten ihn und seine Frau zu einem drastischen Entschluss: „Wir verschenken unseren Obstbaubetrieb.“ Freiwillig, wie sie betonen. „Wir sind liquide und werden nicht etwa von der Bank dazu gezwungen.“ Für die Neuanlage von einem Hektar Obstbaubaufläche müsse man sonst rund 30000 Euro aufwenden, bei ihnen gäbe es den Spaß geschenkt.

Ab 30 Cent/kg Äpfel ist man dabei, ab 40 Cent macht man Gewinn, im Vorjahr haben wir 24 Cent bekommen, heuer werden es gerade mal 15 Cent sein, rechnet Weber vor. Daraus resultiert ein Minus Stundenlohn für ihn und seine Frau, die Notwendigkeit von Nebenjobs um Über die Runden zu kommen.

(Quelle: Kleine Zeitung, Sa, 24. Juli 2010)

(Buchtip: Hans Weiss – Schwarzbuch Landwirtschaft - Wie kleine Bauern ruiniert werden, Deutige Verlag, ISBN: 978-3552-06145-3)

Zahlen aus der Landwirtschaft (Quelle: Statistik Austria)

Seit 1990 ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich um 33,6 %, im Burgenland um 58,4 % zurückgegangen.

Seit 1951 ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich um 56,8 % im Burgenland um 74,8 % zurückgegangen. Die bewirtschafteten Flächen blieben österreichweit seit 1990 nahezu konstant im Burgenland kam es zu einer Reduktion der bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen um knapp wenige als 11%.

Lediglich nur mehr 4,32 % der Betriebe (100-200 ha) bewirtschaften in 2007 knapp 51 % der landwirtschaftlichen Flächen in Österreich.

Die Grossgrundbesitzer dominieren den Grossteil der landwirtschaftlichen Produktionsmittel im Österreich. Ausgebeutet werden die Saison-Erntehelfer zu Billigstlöhnen.

Buchtip:

Grundeinkommen, Geschichte-Modelle-Debatten

R. Blaschke, A. Otto, N. Schepers
diety verlag, berlin, 420 Seiten
ISBN: 978-3-320-02210-5



Wo ein Wille, da ein Weg, - wo kein Wille, da nur Ausreden !!

Eine Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen ? -Vielen fällt es schwer, sich das heute vorzustellen. Was es in der Realität gibt, ist das Gegenmodell zum Grundeinkommen: also - Arbeitszwang, Bedürftigkeitsprüfung, Sozialleistungen unter der Armutsgrenze und die finanzielle Inhaftnahme von Angehörigen.

Die Idee des Grundeinkommens hat eine jahrhundertlange, vielgesichtige Geschichte.

R. Blaschke und Co - Autoren legen hiermit einen kohärenten Sammelband über die Thematik und den gegenwärtigen Stand der Debatte vor.